

Newsletter 04/23, 28. April 2023

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland braucht mehr gut ausgebildete Zuwanderer. Der vom Kabinett beschlossene Gesetzesentwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes hilft aber nicht, die Praxisprobleme tatsächlich zu lösen. Denn gesuchte Fachkräfte warten derzeit oft Monate auf ein Visum bei einer deutschen Auslandsvertretung – und gehen im Zweifel in ein anderes Land. Wenn die Zuwanderung von Fachkräften an bürokratischen Hürden scheitert, müssen diese Hürden und nicht die Qualifikationsanforderungen gesenkt werden!

Wir als Unionsfraktion schlagen deshalb eine neue Bundesagentur für Einwanderung vor, die die Aufgaben von Visastellen und Ausländerbehörden bündelt, von Anfang an komplett digital arbeitet und die Verfahren massiv beschleunigt. Darüber hinaus müssen wir die Arbeitsbedingungen in Deutschland so attraktiv machen, dass die besten Fachkräfte sich für Deutschland und nicht für ein anderes Land entscheiden. Bei einfachen Tätigkeiten wollen wir Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten im Inland Chancen bieten. Für beides braucht es keine neuen Gesetze. Die rechtlichen Möglichkeiten sind da. Es braucht die praxisorientierte Umsetzung.

Ende April fand der CDU-Zukunftskongress im Berliner Tempodrom statt. Unter dem Motto

"WIRTSCHAFT STÄRKEN - KLIMA SCHÜTZEN - ARBEIT SCHAFFEN" fanden sich Akteure aus Politik und Wirtschaft ein, um über Wirtschaft und nachhaltigen Klimaschutz zu diskutieren. Die aktuelle Energiekrise verstärkt nicht nur den akuten Handlungsdruck. Sie ist Herausforderung und Chance, unsere Wirtschaft zu erneuern, unsere Industrie neu aufzustellen und unser Land klimaneutral zu machen. Als CDU setzen wir auf neue Technologien, um Klimaschutz „Made in Germany“ zum Exportschlager und zum Garanten für neue Arbeitsplätze zu machen. Denn Deutschland kann es besser, schrieb unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz dazu in seiner Einladung. Es war eine gelungene Veranstaltung mit 1.300 Gästen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft!

Ihre



Neues aus dem Bundestag



Meine 13. Rede im Bundestag

Meine 13. Rede im Plenum beschäftigte sich mit dem Entwurf der Regierungskoalition für das Pflegeunterstützungs- und entlastungsgesetz:

Rund 80 Prozent der Pflegebedürftigen in Deutschland werden in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung gepflegt und betreut. Die Angehörigen leisten unersetzliche Arbeit. Jeder kann sich ausmalen, was passiert, würden diese Menschen ihre Angehörigen in ein Pflegeheim geben. Daher muss die Unterstützung pflegender Angehöriger eine hohe Priorität haben.

Die Ampelkoalition hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass insbesondere die

häusliche Pflege gestärkt und pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sowie Pflegepersonen entlastet werden sollen. Wir in der Unionsfraktion können dies im vorliegenden Gesetzesentwurf nicht erkennen. Die angekündigten, dringend notwendigen Leistungsausweitungen wie die Erhöhung des Pflegegeldes oder der ambulanten Pflegesachleistungen gleichen die gestiegene Inflationsrate bei weitem nicht aus und entwerten die Pflegeleistungen somit weiter schleichend.

Wir fordern flexible und bürokratiearme Leistungen sowie Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeangebote zu einem Entlastungsbudget weiterzuentwickeln und Verhinderungspflege besser nutzbar zu machen. Auch das hat die Koalition nicht umgesetzt.

Pflege zu Hause muss vor allem angemessen honoriert werden. Uns fehlen in dem Ampel-Entwurf zudem neue Ansätze, um die Pflege zukunftsfest zu machen! Dazu gehört auch, die Einführung der Quartierspflege zu erproben. Kommunen brauchen hier mehr Kompetenzen.

Präventionsangebote sind der beste Weg, die Pflegebedürftigkeit zu verzögern oder gar zu vermeiden. Wir setzen uns daher für die Schaffung eines integrierten Präventionskonzeptes ein, das alle Versorgungsbereiche umfasst. Dazu zählt auch ein besserer Zugang zur geriatrischen Reha oder zu Heilmitteln wie Physiotherapie.

In der "[Konzertierten Aktion Pflege](#)" wird die Auffassung vertreten, dass „in der ambulanten Pflege eine Zeitvergütung dazu beitragen kann, eine flexible, passgenaue und individuell bedarfsgerechte Versorgung zu erreichen“. Wir halten dies für dringend geboten, um nicht nur die Attraktivität des Pflegeberufes zu steigern, sondern auch Angehörige flexibler zu unterstützen.

Hier können Sie das Video meiner [Rede](#) ansehen.



Meine 12. Rede im Bundestag

In dieser Rede habe ich mich mit dem Abschlussbericht der Arbeitsgruppe "Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder- und Jugendliche durch Corona" beschäftigt.

Als die Pandemie ab März 2020 unser aller Leben auf den Kopf stellte, war ich Bürgermeisterin. Ich musste KITAs schließen und dann einen Notbetrieb für Eltern aus systemrelevanten Bereichen einrichten. Ich musste die Angebote des Jugendhauses und der Quartiersarbeit einstellen und Jugendlichen erklären, dass sie nicht mehr zu Dritt aus drei verschiedenen Haushalten auf dem Marktplatz stehen dürfen.

Eine KITA-Leiterin rief mich an und fragte, ob Kinder aus schwierigen familiären Verhältnissen nicht auch aufgenommen werden können, auch wenn die Eltern daheim seien. Wir haben unsere Spielräume genutzt.

Die Leiterin unseres Jugendhauses rief mich an: eine Jugendliche sei verzweifelt, weil sie in der engen Wohnung mit den kleinen Geschwistern nicht lernen könne. Wir ließen zum Lernen einen Jugendraum zu. Krisengespräche von einer Sozialarbeiterin mit einer Jugendlichen wurden als Spaziergang zu zweit angeboten. Unser Familienzentrum ließ eine Mutter mit drei Kindern alleine ins Spielzimmer, weil die familiäre Situation in den beengten Verhältnissen eskalierte.

Die gemeinsame Klammer ist: Kinder und junge Menschen haben in dieser schwierigen Zeit massiv zurückstecken müssen. Viele hatten Ängste und Krisen.

Inzwischen haben viele Studien, Berichte, der Corona-Expert:innen Rat, aber auch die Ethikkommission die damalige Situation von Kindern und jungen Menschen untersucht und Empfehlungen ausgearbeitet.

Über die Unterschiede hinweg stellen alle Studien eine erhöhte psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie fest und zeigen auf, dass sich auch drei Jahre nach Beginn der Pandemie deutliche Hinweise auf anhaltenden psychosomatischen Stress zeigen. Wobei dies m. E. nicht getrennt gesehen werden darf von den inzwischen neuen Krisen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und der hohen Kostensteigerung durch Inflation.

Gerade deswegen ist für mich auch der Blick auf die psychische Gesundheit von Kindern und jungen Menschen wichtig: Denn diagnostizierte psychische Störungen, Angst- und Essstörungen und Depression steigen in bestimmten Altersgruppen und Geschlechtsgruppen deutlich an. Psychische Folgen werden weiterwirken, wenn sie nicht gelöst werden.

Jedes Kind/jeder junge Mensch geht anders mit Krisensituationen um und hat eine unterschiedliche psychosoziale Resilienz. Aber jedes Kind verdient es, dass wir ihm die individuelle Hilfe zukommen lassen, die es benötigt. Es braucht für Kinder und junge Menschen niedrigschwellige und flächendeckende Zugänge zu Beratungs- und Hilfsangeboten, beispielsweise

- schulpsychologische oder -psychosoziale Unterstützungsangebote, z. B. durch mehr qualifizierte Schulsozialarbeit, die in den Schulalltag als Regelangebot integriert wird,
- Anlaufstellen mit Peer-Group-Ansätzen.

Ebenso braucht es eine angemessene personelle Ausstattung von sozialpsychiatrischen Diensten. Es darf nicht von finanziellen Zuschüssen der Kommunen abhängig sein, welche Dienste sie anbieten, sondern sie müssen Teile ihrer individuellen Leistungen über die Krankenkasse finanzieren können. Zudem brauchen insbesondere auch Kinder und Jugendliche in psychischen Ausnahmesituationen Anlaufstellen für Soforthilfen. Eine Maßnahme wäre eine einheitliche Notrufnummer für psychische Krisen, wie sie mit der 117 gerade in Bayern eingeführt wird. Und schließlich braucht es mehr therapeutische Angebote insbesondere im ländlichen Raum und eine bessere Verzahnung von ambulanten und stationären Leistungen.

Im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich tätige Personen, die kontinuierlich Alltagskontakte zu Kindern und jungen Menschen haben, müssen im Hinblick auf Prävention psychischer Belastungen und Erkrankungen geschult werden, damit sie entsprechende Problemlagen frühzeitig erkennen und an Unterstützungsangebote weitervermitteln.

Zu meiner Erfahrung als Bürgermeisterin gehört auch, das mich eine Grundschullehrerin informierte, dass ihre Schülerinnen bunte Bilder malten, für die einsamen Menschen im Seniorenheim. Dazu gehört auch, dass mir unser Quartiersarbeiter berichtete, dass sich über das Corona-Bürgertelefon viele Jugendliche gemeldet haben, die für Senioren Einkäufe und Botendienste übernehmen möchten. Bekanntermaßen sind Elemente von Resilienz, wenn Menschen Verantwortung übernehmen und lösungsorientiert ins Handeln kommen. Genau das haben diese Kinder und jungen Menschen gemacht!

In meinen Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern erlebe ich immer wieder junge Menschen, die die Politik, die wir hier in Berlin machen, genau beobachten, die kritisch Entscheidungen hinterfragen. Ein Grund ist auch, dass sie in der Corona-Krise persönlich erfahren mussten, wie politische Entscheidungen ihr Leben konkret und unmittelbar verändert haben. Diese politische Sensibilisierung ist auch eine Chance, Jugendliche für Demokratie und politisches Engagement und Verantwortung zu begeistern!

Hier finden Sie der Link zu meiner [Rede](#).



Plenarwoche vom 24. bis 27. April

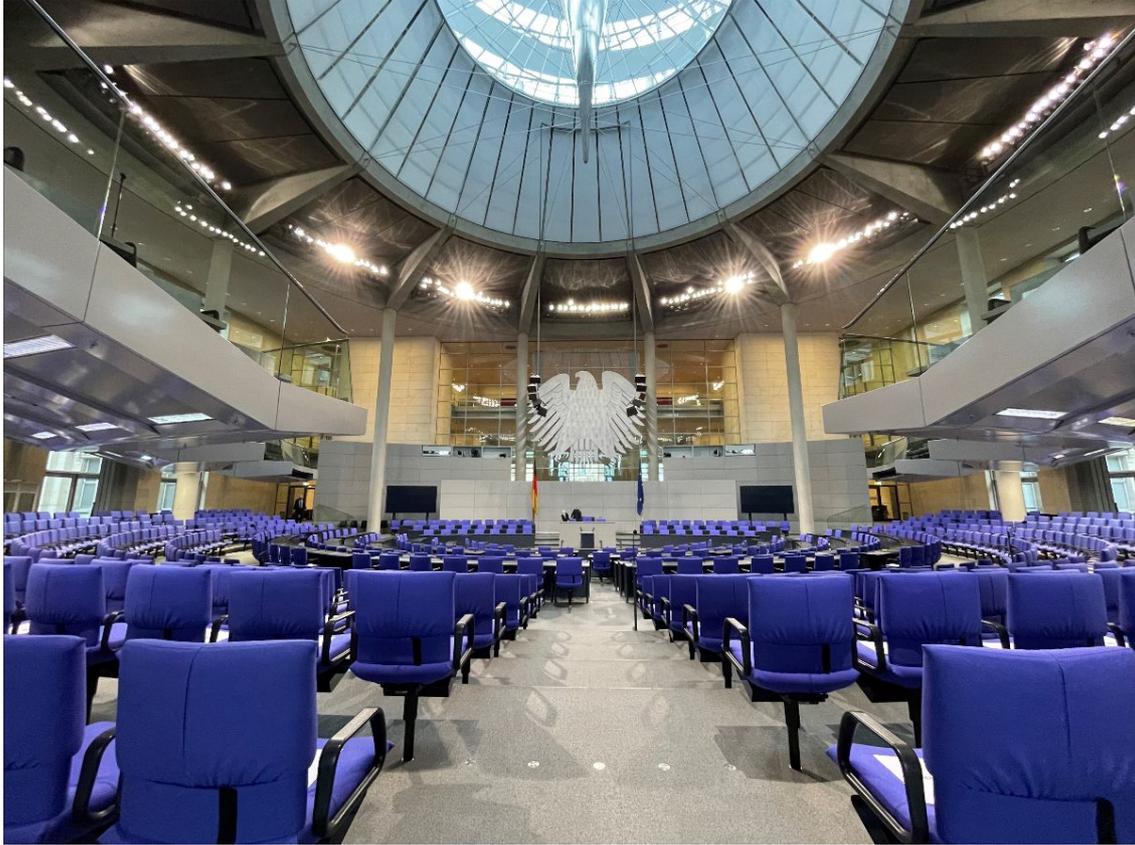
Der Klimaschutz braucht mehr Ingenieure und weniger Ideologen

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion denken wir Wirtschaft, Energie und Klimaschutz zusammen und wollen unsere Klimaschutzziele mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und Technologie erreichen. Der europäische Emissionshandel hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Ziele im Bereich Energie und Industrie verlässlich erreicht wurden. Mit der Einführung des Emissionszertifikatehandels für die Bereiche Verkehr und Wärme, zunächst in Deutschland und nun auch in Europa, wird dieses Erfolgsmodell ausgeweitet. Der Weg hin zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 wird mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und Technologie, aber nicht mit Verboten und Gängelung gelingen. Deutschland braucht mehr Ingenieure und weniger Ideologen. Vor allem braucht Deutschlands Wirtschaft wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen und dazu gehört eine versorgungssichere und bezahlbare Energieversorgung, die zur Erreichung der Klimaschutzziele beiträgt. Wir wollen Forschung und Entwicklung stärken und Klimaschutz „Made in Germany“ zum Exportschlager machen.

Migrationspolitik muss endlich Chefsache werden und Kommunen sollen entlastet werden

Gemeinsam mit den Kommunen stehen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Ziel von Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir teilen die Sorge der Kommunalpolitiker um die Akzeptanz des Asylsystems. Wir fordern deshalb: Die Migrationspolitik muss endlich Chefsache innerhalb der Bundesregierung werden. Die Bundesregierung hat es in der Hand, die Zahl der Asylbewerber, die nach Deutschland

kommen, spürbar zu reduzieren und zu steuern. Nur so können wir die Kommunen entlasten und die Akzeptanz für die humanitäre Verantwortung Deutschlands für tatsächlich Schutzbedürftige erhalten. Dazu zählt ein effektiver Schutz der EU-Außengrenzen, die Einstufung z.B. der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten sowie eine Klarstellung im europäischen Recht, dass Sozialleistungen nur im zuständigen Mitgliedstaat bezogen werden können. Darüber hinaus muss der Bund den Kommunen bei den entstehenden Kosten zur Seite stehen.



Plenarwoche vom 17. März bis 21. April

Leitantrag: Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Steueraffäre Scholz-Warburg

Wie konnte es zu einer Verjährung von erheblichen Steueransprüchen gegen die M.M. Warburg & CO Bank kommen? Das bedarf dringend der Aufarbeitung in einem Untersuchungsausschuss auf Bundesebene. Daher fordert die CDU/CSU Bundestagsfraktion, die Steueraffäre Scholz-Warburg aufzuarbeiten. Zu klären ist, wer wann mit wem gesprochen hat, sowie welche Entscheidungen und etwaige politische Einflussnahmen erfolgt sind.

Aktuelle Stunde: Forschung und Entwicklung der Kerntechnik weiter ermöglichen

Entgegen ihrer Beteuerungen unternimmt die Bundesregierung nicht alles, um sicher durch den nächsten Winter zu kommen. Im Gegenteil: Mit ihrer ideologischen Energiepolitik gefährdet sie Arbeitsplätze, die Versorgungssicherheit und den Klimaschutz. Ein befristeter Weiterbetrieb der Kernkraftwerke bis zum Ende der infolge des russischen Angriffskriegs aufgetretenen Energiekrise wäre die richtige Antwort gewesen. Wir sind der

festen Überzeugung, dass Forschung und Entwicklung von Kerntechnik und Kernfusion in Deutschland weiter möglich sein müssen.

Versteckte Preiserhöhungen verhindern – Für mehr Klarheit und Transparenz beim Einkauf von Bedarfsgütern

Versteckte Preiserhöhungen von Produkten des täglichen Lebens finden sich in zahlreichen Produkten, indem z. B. Füllmengen geändert werden, der Preis aber gleich bleibt. Mein aktuelles Lieblingsbeispiel: Ovomatine, seit Ende letztem Jahr sind nur noch 450g in der 500g Dose. Wegen gestiegener Produktionskosten setzt der Hersteller lieber auf versteckte Preiserhöhung als auf transparente Verteuerung des Produktes. Die CDU/CSU-Fraktion schlägt daher in ihrem Antrag vor, dass die Hersteller eventuelle Änderungen der Füllmenge ihrer Produkte über das Online-Portal www.lebensmittelkrankheit.de kenntlich machen sollen. Auch sollen nach Produktgruppen differenzierte Obergrenzen für die oft technisch notwendigen Hohlräume in Verpackungen festgelegt werden. Des Weiteren sollen technisch nicht notwendige doppelte Umverpackungen möglichst vermieden werden

DialogWERKSTATT "Wasserstoff als Treiber einer neuen, grünen Zukunft?!" Bedeutung für die Wirtschaft im Dreiländereck"



Es muss sich was tun am Hochrhein, wenn es um den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft geht. Dies wurde bei meiner jüngsten „DialogWERKSTATT“ deutlich. Bei dem digitalen Format diskutierte ich mit Expertinnen und Experten aus dem Bereich Politik, Energiewirtschaft und Industrie und rund 50 Bürgerinnen und Bürgern über das Thema "Wasserstoff als Treiber einer neuen, grünen Zukunft?! - Bedeutung für die Wirtschaft im Dreiländereck". Andreas Jung, stellvertretender Bundesvorsitzender sowie klima- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, setzte eine klares Statement: „Damit Deutschland Industrieland und starker Wirtschaftsstandort bleibt, müssen sowohl die Erneuerbaren Energien ausgebaut als auch die Energieeffizienz gesteigert werden. Wasserstoff kann als Schlüssel dafür betrachtet werden, dass wir

klimateutral werden können und die Industrie, deren Prozesse ohne Wasserstoff anstelle von fossilen Rohstoffen wie Erdgas nicht möglich wären, in Deutschland weiter erhalten bleibt".

Dem stimmte auch Katharina Fraune, Leiterin Nachhaltige Transformation, bei der Evonik Operations GmbH, zu. Aus ihrer Sicht laufe der Hochrhein aktuell Gefahr, was den Wasserstoffhochlauf angehe, abgehängt zu werden. Diana Stöcker betonte zudem: "Wasserstoff ist auch für das Dreiland eine zukünftiger Schlüsselenergieträger und ein wichtiger Mosaikstein bei der Versorgung. Auch darum muss der Ausbau im Dreiländereck beschleunigt werden, auch bis zu uns im Süden muss die Pipeline gebaut werden, damit auch wir genug Wasserstoff für die Industrie vorhalten können und keine Abwanderung in den windenergiereichen Norden geschieht".

Heinz-Werner Hölscher, Vorstand des regionalen Energieversorger Badenova AG & Co. KG, kennt die Bedarfe in der Region und unterstreicht: „Es ist jetzt an der Zeit, den H2-Markthochlauf in den drei Bereichen Erzeugung, Netz und bei der Nachfrage voranzubringen. Es brauche jetzt konkrete Umsetzungsprojekte für die Klimaneutralität und die Sicherung des Industriestandorts". Diskutiert wurde mit den Teilnehmenden ebenfalls, ob die Herstellung von Wasserstoff in Konkurrenz zu normalem Stromverbrauch steht, weil sie viel Energie benötigt. Auch die Frage der Kosten einer Umstellung auf Wasserstoff wurde von den beteiligten Bürgerinnen und Bürgern gestellt. Denn bei neuen Technologien bestehe immer die Sorge vor hohen Kosten, was sich beispielsweise bei Photovoltaik oder Elektromobilität gezeigt hat. Wichtig sei, dass bereits vorhandene Standorte und Netze genutzt werden.

Neues aus dem Wahlkreis



Besuchergruppe des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) zu Gast in Berlin

50 Mitglieder des TEB aus dem Dreiländereck Deutschland, Frankreich und Schweiz waren bei mir im Rahmen einer Fahrt des Bundespresseamts in Berlin zu Besuch. Zum Programm gehörten u.a. Gespräche in zwei Botschaften: Zuerst wurde die Gruppe von Thomas Guibert, Erster Botschaftsrat, in der französischen Botschaft empfangen. Insbesondere der Blick auf Europa vor und nach der "Zeitenwende" und die Herausforderungen für die Freundschaft von Frankreich, Deutschland und die Schweiz wurden angeregt erörtert. Diskutiert wurde auch über die "Experimentierklausel" des Aachener Vertrags, die für gewisse Projekte im Grenzraum Ausnahmen von nationalem Recht ermöglicht. Von den Teilnehmenden wurde gefordert, diese aber auch zu nutzen. Auch die Bedeutung von grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekten, z.B. im Nahverkehr, wurde besprochen.

Botschafter Paul Seeger hat uns im Namen der Schweiz im Anschluss sehr herzlich bei sich in der Botschaft empfangen. Auch hier wurde lebhaft diskutiert über die Bedeutung der grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit aus Sicht des Botschafters für die nationale Zusammenarbeit der Staaten.

Ausführlich erörtert wurden Herausforderungen und Chancen der Zusammenarbeit der Schweiz mit Frankreich und Deutschland als Anker Europas, ebenso die aktuellen Entwicklungen bei den bilateralen Verträgen. In beiden Gesprächsrunden wurde klar: Wir sind im Dreiland ein Vorzeigeraum für Zusammenarbeit und Zusammenleben in Europa!

Weitere Programmpunkte der Fahrt waren ein sehr eindrucksvoller Besuch im ehemaligen Stasigefängnis Hohenschönhausen, ein Besuch im Bundestag sowie beim Deutsch-Französischen Jugendwerk.



Mein Besuch bei der Lörracher Firma "Elektro Rütten"

Gemeinsam mit der MIT (Mittelstandsvereinigung) der CDU Kreis Lörrach habe ich die Firma Elektro-Rütten in Lörrach besucht. Planung, Gebäudesystem-, Sicherheits-, Beleuchtungstechnik, Photovoltaikanlagen, Elektromobilität: Eine große Bandbreite elektrotechnischer Aufgaben werden hier täglich gemeistert. Ich bin immer wieder begeistert über das Engagement, die Motivation und Innovationsfreude, mit denen selbständige Handwerksbetriebe ihr Unternehmen führen. Das macht auch den Unterschied bei der Suche nach Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auch wenn es für das im Handwerk immer noch schwierig ist, weil viele junge Menschen zu wenig über die kreativen Berufe und die Zukunftsperspektiven wissen. Daher ging es im Gespräch auch darum, wie Jugendlichen, die den Realschulabschluss machen, genau das vermittelt werden kann. Natürlich war auch mal wieder die überbordende Bürokratie ein Thema, z.B. bei Ausschreibungsverfahren nach EU-Recht. Viele deutsche Handwerksbetriebe gehen deswegen schon keine öffentlichen Aufträge und Ausschreibungen mehr an. Aber günstiger ist auch nicht immer verlässlicher. Daher müssen wir verstärkt auf regionale Handwerksbetriebe setzen. Auch so geben wir als Kunden dem Handwerk vor Ort unsere Wertschätzung und Anerkennung.



... Bezirksdelegiertentag in Villingen-Schwenningen - ist immer auch etwas wie ein Familien- oder Klassentreffen ;-) ... der Inspekteur des Sanitätsdiensts Dr. Ulrich Baumgärtner und die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags, Dr. Eva Högl, berichteten im Ausschuss für Gesundheit über die Gesundheitsversorgung beim Heer ...



... bei der Eröffnung des Zentrums für Kultur- und Lernprogramme zu biokultureller Vielfalt der SPORE-Initiative (Stifter: Hans SCHÖPFLIN aus Lörrach) in Berlin-Neukölln... zu Gast im Diakoniekrankenhaus Freiburg ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl)

Montag, 1. Mai: Maihock der CDU Lörrach/Haagen

Dienstag, 2. Mai: Gemeinsame Sitzung Kreistage Lörrach und Waldshut

Mittwoch, 3. Mai: Gespräch mit dem Medizinischen Dienst Baden-Württemberg in Lahr

Mittwoch, 3. Mai: Treffen mit CDU-Neumitgliedern und den Stadt- und Ortsverbänden Heitersheim, Buggingen, Ballrechten-Dottingen, Bad Krotzingen

Donnerstag, 4. Mai: Podiumsdiskussion Vereinigung Badischer Unternehmer und

Verbände mit Bundestagsabgeordneten

Donnerstag, 4. Mai: Besuch der Reha-Klinik Hausbaden in Badenweiler

Freitag, 5. Mai: Bürgerempfang Bad Bellingen

Samstag, 6. Mai, 11-14 Uhr: Aktionstag "MITREDEN" der Frauen Union, Marktplatz Lörrach

8. - 12. Mai Plenarwoche Bundestag Berlin

Samstag, 13. Mai: Verbandsversammlung Kreisfeuerwehrverband Schönau.

Montag, 15. Mai: Besuch beim Rhein Bildungs- und Kulturverein e.V.

Dienstag, 16. Mai: Gesundheits-Fachgespräch mit der Landesapothekerkammer Baden-Württemberg und der vdek-Landesvertretung in Stuttgart

Mittwoch, 17. Mai: Schulbesuch anlässlich des Europatages am Georg-Büchner Gymnasium Rheinfeldern

Mittwoch, 17. Mai: Kreistag Lörrach

22. - 26. Mai Plenarwoche Bundestag Berlin

Montag, 22. Mai: 9. Sitzung Dt.-Frz.-Parlamentarische Versammlung

Samstag, 27. Mai: Kreisvorsitzendenkonferenz der Frauen Union zum Thema Pflege



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de